

Evangelische Verantwortung

Die nachwachsenden Rohstoffe: Chance für Natur und Umwelt

Jochen Borchert

Die Bewahrung der Schöpfung gehört für mich zu den vordringlichsten Aufgaben der Menschheit. Dabei ist nach christlichem Verständnis vorausgesetzt, daß der Mensch selbst nur Teil dieser Schöpfung ist. Wir Menschen sind auf Natur und Umwelt angewiesen und unser Handeln muß darauf zielen, die Einheit Mensch-Natur-Umwelt zu erhalten.

Auch alle wirtschaftlichen Anstrengungen müssen dieser besonderen Verantwortung gerecht werden.

Um diese Orientierung auch nach außen deutlich zu machen, hat die CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm die Soziale Marktwirtschaft um die ökologische Komponente ergänzt.

Zu den Aufgaben und Zielen einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gehört in einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik Deutschland der sorgfältige Umgang mit den „noch“ vorhandenen Ressourcen, aber auch die Suche nach zukunftsfähigen Alternativen - beispielsweise im Bereich der sogenannten nachwachsenden Rohstoffe.

Nachwachsende Rohstoffe haben eine grundsätzliche Bedeutung für alle Bereiche unseres Lebens. Der heimischen Landwirtschaft könnte der Anbau nachwachsender Rohstoffe zur industriellen und energetischen Nutzung neue

Einkommenschancen eröffnen. Industrie und Handel können mit umweltfreundlichen Produkten aus diesen Rohstoffen ihre Zukunftsfähigkeit in der sozialen Marktwirtschaft beweisen. Die Verbraucher werden in die Lage versetzt, sich durch gezielte Nachfrage nach derartigen Produkten aktiv im Umweltschutz zu engagieren und zur Vermeidung von Umweltbelastungen durch fossile Rohstoffe beizutragen.

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist keine Erfindung der Gegenwart. Sie hat Tradition. Unsere Vorfahren lebten von und mit Rohstoffen aus Wald und Feld. Früher heizten die meisten Menschen mit Holz, die Bauern stellten z.B. Pflanzenöle für ihre Lampen her. Heute können sie Kraftstoffe wie Biodiesel und Rohstoffe zur Wärme- und Energiegewinnung produzieren. Erst im letzten Jahrhundert wurden nachwachsende Rohstoffe im Zuge der industriellen Revolution durch fossile und synthetische Produkte ersetzt. Dabei dachte man noch wenig über die Endlichkeit fossiler Rohstoffe und die Folgekosten für die Umwelt nach.

Nachwachsende Rohstoffe gibt es weltweit. Auf unseren Äckern werden Raps, Lein und Sonnenblumen angebaut. Aus Getreide und Kartoffeln wird Stärke gewonnen, und Rübenzucker ist ein wichtiger Rohstoff für die Industrie, z.B. für die Biotechnologie. In unseren Wäldern verfügen wir in großem Maße über einen der ältesten und wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe, das Holz.

Aus Übersee erhält die europäische Industrie Soja- und Kokosöl, Palm- und Palmkernöl. Diese Rohstoffe werden u.a. in Wasch- und Reinigungsmitteln, Seifen, den waschaktiven Substanzen, Kunststoffhilfsmitteln, Kosmetika, Shampoos, Farben und Lacken eingesetzt, auch in Medikamenten. Eine vermehrte Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist also nicht nur für uns von Vorteil. Sie kann durch entsprechenden Absatz und Export moderner Verarbeitungsanlagen weltweit neben dem Umweltschutz auch zu mehr Entwicklungschancen für die Dritte Welt beitragen.

Inhalt

- 3 Gentechnologie und christliche Verantwortung
- 6 Molekulare Medizin - ein Gezeitenwechsel für Gesundheitswesen und Gesellschaft?
- 8 „Bürgerethos gegen Politikverdrossenheit und Werteverlust“
- 11 Kurz notiert
- 12 Bücher
- 13 Leserbrief
- 14 Aus unserer Arbeit

In Deutschland werden derzeit etwa 300.000 Hektar Ackerfläche, das sind 2,5 Prozent, mit nachwachsenden Rohstoffen bebaut. Im Vordergrund steht die Produktion für den chemisch-technischen Bereich. Der weitaus größte Anteil entfällt dabei mit 531.000 Tonnen auf Stärke aus Mais, Kartoffeln und Weizen. Für die chemische Industrie und die Papierindustrie ist Stärke ein unverzichtbarer Rohstoff. Er findet sich in Papier, aber auch im Tapetenkleister, im Wand- und Deckenputz, in der Zahnpasta, in Pudern oder Tabletten.

Aus Raps, Lein und anderen Ölpflanzen werden vielseitig einsetzbare Schmierstoffe gewonnen, die eine hochwertige und umweltschonende Alternative zu Mineralölprodukten darstellen. In der Forstwirtschaft werden mehr und mehr Schmieröle aus Raps in Kombination mit natürlichen Zusatzstoffen für die Sägeketten eingesetzt. Zunehmende Verwendung finden sie auch in der Hydraulik von Fahrzeugen und bei der Wartung von Bahngleisen. Ihr großer Vorteil liegt in der umweltfreundlichen Herstellung und Entsorgung. Gelangen sie beispielsweise in den Boden, werden sie durch Mikroorganismen schnell wieder vollständig zu den Ausgangsbausteinen Kohlendioxid und Wasser abgebaut. Da das freigesetzte Kohlendioxid zuvor durch die Pflanze aufgenommen worden war, wird die Umwelt - anders als bei Mineralölprodukten - nicht durch zusätzliche CO₂-Emissionen belastet.

Ein ähnlich positives Ergebnis hätte meiner Meinung nach auch der Einsatz biologischer Treibstoffe auf Schiffen und Booten in unseren Seen und Flüssen, wo die Ölverschmutzung manchmal besorgniserregende Formen annimmt.

Die Nutzung und der Einsatz nachwachsender Rohstoffe im chemisch-technischen Bereich müssen aufgrund der Vorteile der Naturstoffe noch weiter entwickelt werden. Die Einsatzmengen könnten bei verstärkten Anstrengungen

der Wissenschaft und Industrie mittelfristig verdoppelt werden.

Im Energiebereich, wo sicher das größte Potential liegt, stehen wir erst am Anfang. Die Verwendung von Biotreibstoffen findet derzeit vor allem in Pilotvorhaben statt. Auch hier liegen die Umweltvorteile wie weitgehende CO₂-

seine Konkurrenzfähigkeit auch nach der Steuererhöhung für Mineralöl nur geringfügig verbessert. Herkömmlicher Diesel ist immer noch billiger.

Für mittelfristig erfolgversprechender halte ich den Einsatz von Biomasse-Festbrennstoffen in der Wärme- und Stromerzeugung. Dabei braucht schon heute die Ganzpflanzverbrennung den Vergleich mit anderen erneuerbaren Energieträgern nicht zu scheuen. Sie ist ihnen ökologisch und wirtschaftlich gleichrangig oder sogar überlegen. Hier obliegt neben einer Veränderung der staatlichen Förderungsschwerpunkte der Energiewirtschaft die Verantwortung für die Zukunft. Modellversuche dürfen nicht als Alibiveranstaltungen aufgefaßt, sondern müssen als erste Schritte zur Markteinführung begriffen werden. Es ist durchaus realistisch, daß der Anteil der Bioenergie aus nachwachsenden Rohstoffen an der Primärenergieerzeugung mittelfristig von derzeit 0,1 auf zwei Prozent steigt.

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen sind keine Wundermittel, um die nationalen und internationalen Agrar- und Umweltprobleme zu lösen. Sie können aber einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Hier sind alle gefordert, der Umweltsensibilität, die weltweit nicht erst nach dem Umweltgipfel von Rio im

Jahr 1992 erfreulich gestiegen ist, auch Taten folgen zu lassen. Die Politik hat bereits Rahmenbedingungen geschaffen, die für Landwirtschaft, Industrie und Handel einen Ansatzpunkt bieten, sich einen Zukunftsmarkt zu erschließen.

Ich bin überzeugt davon: Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfordert die Anwendung nachwachsender Rohstoffe. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wird sich zwangsläufig dann steigern, wenn Produktion und Verbrauch umweltbelastender Stoffe auf Mineralölbasis mit ökologisch ehrlichen Preisen konfrontiert werden, d.h. im Klartext mit höheren Kosten. ■



Landwirtschaftsminister Jochen Borchert: Die Politik muß Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft bieten.

Neutralität und geringere Schwefel-, Stickoxyd- und Rußemissionen bei der Verbrennung von Motoren auf der Hand. Ein Pilotversuch mit Taxi- und Mietwagenunternehmen in Freiburg ist erfolgreich abgeschlossen. Die Fahrer haben vor allem wegen des verminderten Ausstoßes an Ruß großes Interesse an der Verwendung von Biodiesel. Wenngleich noch nicht alle technischen Fragen geklärt sind, so kann schon heute festgestellt werden: Per Saldo überwiegen die Umweltvorteile eindeutig gegenüber fossilen Rohstoffen. Anders sieht es mit der Wettbewerbsfähigkeit aus. Obwohl reiner Biokraftstoff in Deutschland steuerbefreit ist, hat sich

Gentechnologie und christliche Verantwortung

Norbert Arnold

Die Grenzen des naturwissenschaftlichen Erkennens waren über Jahrhunderte hinweg kaum durch Ethik bestimmt. Erst in unserer Zeit mit rasant zunehmenden wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten, einer anscheinend abnehmenden ethischen Verbindlichkeit in der pluralistischen Gesellschaft und einem neuen Verständnis von Natur und Umwelt wird eine ethisch orientierte Wissenschaftsdiskussion notwendig, offensichtlich um drohendes Unheil zu vermeiden.

Ethik der Naturwissenschaften

Während insgesamt die Forderung nach einer stärkeren Ethikdiskussion immer lauter wird, gibt es auch prominente Kritiker der neuen Bewegung - wie etwa Erwin Chargaff -, die Ethik der Naturwissenschaften nur als Alibiunternehmung für eine durch und durch unmoralische Naturwissenschaft halten („... denn welcher anständige Mensch braucht Kosmetiker für seine Moral, Operateure seiner seelischen Hühneraugen?“). Geht man jedoch davon aus, die vielleicht vorhandene „Naturvergessenheit“, wie sie von Günter Altner diagnostiziert worden ist, ein korrigierbarer Zustand ist, so hat die Ethik der Naturwissenschaften die wichtige Aufgabe, den wissenschaftlichen Fortschritt kritisch und regulierend zu begleiten und für ihre weitere Entwicklung ethische Ziele zu stecken, ohne daß sie die moralische Verantwortung des Wissenschaftlers ersetzen könnte.

Gentechnologie ist für Ethik und Technikfolgenabschätzung ein lohnendes aber mühsames Objekt. Nachdem die unbelebte Natur durch Physik und Chemie dem Menschen verfügbar gemacht wurde, berührt nun die moderne Biologie durch ihre analytischen und synthetischen Eingriffe in die grundlegenden Mechanismen des Lebens eines der letzten Tabus. Dadurch werden die Menschen unmittelbar betroffen. Eine ethische Bewertung ist in diesem Fall be-

sonders notwendig. Erschwert wird sie durch die Komplexität der naturwissenschaftlichen Fakten und ihren oft unüberschaubaren gesellschaftlichen Implikationen.

Eine ethische Bewertung der Gentechnologie erfordert deshalb einen anhaltenden intensiven Dialog zwischen Naturwissenschaftlern und Ethikern, in dem die verschiedenen Aspekte differenziert dargestellt werden können. Darüber hinaus scheint eine gesellschaftlich breit angelegte Diskussion zur Konsensbildung notwendig zu sein. In Bezug auf Ethik und Technikfolgenabschätzung kann Gentechnologie nicht als einheitliches System angesehen werden, will man unzulässige Verallgemeinerungen verhindern. Besonders im Zusammenhang mit einer fundamentalistischen, ideologiebehafteten Ablehnung führen pauschale Bewertungen häufig zu einer irrationalen und der Sache unangemessenen Kritik. Ängste, die sich meistens auf das mögliche, wenn auch unwahrscheinliche Eintreten von Gefahren, nicht aber auf konkrete Ereignisse beziehen, prägen die aktuelle Gentechnologiediskussion.

Auch wenn in der akademischen Auseinandersetzung, eine „partizipative Streitkultur“ mit „Abwägen, Geltenlassen und Dialogoffenheit“ gefordert wird, kommt es häufig zu emotionsbelasteten Grabenkämpfen: Schlagwörter wie „nobelpreistrunkene Forscher“, „Allmachtsvisionen“, „Totalmanipulation“, „Supersau“ - um nur einige Beispiele zu nennen - zeugen nicht von einer sachlichen Streitkultur und hindern die Debatte über „Chancen und Risiken“ mehr, als sie ihr nützen.

Gendiagnose und Gentherapie

Grundlage für eine ethische Beurteilung der Humananwendung - wie sie z. B. von Ludger Honnefelder beschrieben wird - ist die unantastbare Würde, die mit der Gottesebenbildlichkeit des Menschen begründet werden kann. Die Menschenwürde verleiht jeder Person einen unbe-

dingten Wert. Sie verbietet es, Menschen als Mittel zu mißbrauchen. In Forschung und Medizin können Menschen daher nur in sehr eingeschränktem Maße als „Objekte“ betrachtet werden.

Klonierung von Menschen und gentechnische Manipulationen der Keimbahn, d. h. von Ei- und Samenzellen sowie deren Vorläuferzellen, scheinen ebenso wie eine gentechnik-gestützte Eugenik eindeutig in den ethisch nicht zu rechtfertigen Bereich zu gehören. Eine Keimbahntherapie ist nicht nur technisch sehr schwierig, so daß Fehler mit für die Nachkommen katastrophalen Folgen nicht ausgeschlossen werden können, sondern sie verführt auch leicht zu der Wahnvorstellung, außer der Korrektur von lebensgefährdenden Erbdefekten weitere Eigenschaften „optimieren“ zu können.

Da es für eine solche eugenische „Optimierung“ weder aufgrund von naturwissenschaftlichen Sachverhalten - etwa durch eine „genetische Norm“ - noch durch eine gesellschaftliche Legitimation eine Zielvorgabe geben kann, ist sie ethisch zu verwerfen. Darüber hinaus gibt es in der Medizin auch keine sinnvolle Anwendung der Keimbahntherapie, die nicht durch andere Therapiemöglichkeiten besser ausgeführt werden könnte. Im Gegensatz zum Eingriff in die Keimbahn werden durch die somatische Gentherapie nur Körperzellen des jeweiligen Individuums - nicht aber von dessen Nachkommen - verändert. Die Möglichkeit des Mißbrauchs zur Menschenzüchtung ist hier also aus technischen Gründen ausgeschlossen. Durch die somatische Gentherapie können Erbkrankheiten von ihren Ursachen her - nämlich durch Korrektur des einzelnen defekten, funktionsunfähigen Gens - therapiert werden. Dadurch wird das Überleben gesichert und die Lebensqualität der Patienten erhöht.

Mittlerweile ist diese Therapiemethode in mehreren Fällen erfolgreich angewendet worden. Die somatische Gentherapie ist hinsichtlich der ethischen Bewertung mit Organtransplantationen vergleichbar. Wenn die Patienten umfassend über die geplanten Eingriffe informiert werden und ihnen zustimmen, scheint es sowohl gegen Organtransplantation als auch gegen die somatische Gentherapie keine ethischen Einwände zu geben.

Die gentechnische Diagnostik ist derzeit weiterentwickelt als die therapeutischen

Möglichkeiten. Sofern die diagnostizierten Erkrankungen durch die aktuelle Medizin therapiert werden können und eine berechtigte Hoffnung auf Heilung besteht, ist die gentechnik-gestützte Diagnose eine wünschenswerte Erweiterung der bisherigen Möglichkeiten. Eine Kollision etwa mit ethischen Werten ist nicht erkennbar.

Schwieriger zu bewerten sind Fälle, in denen man eine Krankheit diagnostizieren aber - noch - nicht therapieren kann. Die Gewißheit, in Zukunft zu erkranken, ohne daß medizinische Hilfe zu erwarten ist, stellt für viele Menschen sicherlich eine starke seelische Belastung dar. Sie kann die Lebensqualität entscheidend mindern. In der ethischen Diskussion um diese Fälle wird deshalb oft ein „Recht auf Nichtwissen“ der eigenen genetischen Anlagen propagiert. Entsprechende gentechnische Nachweise dürfen demnach nur mit ausdrücklicher Zustimmung des zu Untersuchenden durchgeführt werden.

Andererseits läßt sich diesen Fällen auch ein positiver Aspekt abgewinnen. Auch wenn keine Heilungschancen bestehen, scheint ein frühzeitiges Wissen über eine drohende Krankheit für einen Menschen sinnvoll zu sein, um seinen „Lebensplan“ entsprechend ausrichten zu können. Die Gestaltung der eigenen Lebensspanne und auch der Schutz der Mitmenschen und Nachkommen - etwa indem auf Kinder verzichtet wird, wenn die diagnostizierte, unheilbare Krankheit vererbbar ist - gehören zur Selbstbestimmung in Verantwortung und zur persönlichen Freiheit des Menschen.

Aus christlicher Verantwortung erscheint ein „Recht auf Nichtwissen“ als bedenklich. Auch in der vorgeburtlichen - pränatalen - Diagnostik gibt es eine Reihe von diagnostizierbaren aber nicht therapierbaren Behinderungen und Krankheiten. Trotzdem kann auch hier die Diagnose ein wichtiges Instrument sein, um den Lebensweg frühzeitig darauf einzurichten und dadurch zur Leidminderung beizutragen. Besondere ethische Probleme treten auf, wenn eine gentechnik-gestützte Diagnose zur Abtreibung führt. Ein Automatismus zwischen der Diagnose einer Behinderung - oder auch nur einer unerwünschten Erbeigenschaft - und einer Abtreibung, die manchmal fälschlicherweise als „Leidminderung“ durch Beseitigung des werdenden Lebens verstanden wird, ist ethisch nicht zu rechtfertigen.

Gentechnologie verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie dazu mißbraucht wird, den gesellschaftlichen Wertewandel zuungunsten von Behinderten und Kranken scheinbar zu legitimieren. An diesem Beispiel kann deutlich werden, daß Werte nicht von Naturwissenschaften - natürlich auch nicht durch die neuen Möglichkeiten der Gentechnologie - vorgegeben werden können. Werte und Ziele in der Gesellschaft müssen in einem gemeinsamen Konsens erarbeitet werden; die christlichen Kirchen übernehmen hierbei eine wichtige Funktion.

Transgene Organismen und ihre Freisetzung

Gentechnologie wird nicht nur - und nicht in erster Linie - auf den Menschen angewendet, sondern hauptsächlich auf Mikroorganismen und in geringerem Ausmaß auf Tiere und Pflanzen. Als Grundlage für eine ethische Bewertung der gentechnischen Anwendung auf Mikroorganismen, Tiere und Pflanzen gilt der „Herrschaftsauftrag“ des Schöpfungsberichtes, der die Nutzung ermöglicht, aber auch Verantwortung und Fürsorge für die gesamte Schöpfung von uns fordert. Die Achtung vor der Schöpfung ist Teil der Erfurcht vor Gott. Im Neuen Testament wird die Gemeinschaft von Menschen und Tieren in Bezug auf die Heilserwartung beschrieben. Besonders den Tieren wird in der Bibel ein hoher ethischer Wert zugestanden. Die besondere Hervorhebung der Tiere im Vergleich z. B. zu Pflanzen läßt sich auf ihre wirtschaftliche Bedeutung sowie unsere enge emotionale Bindung zu höher entwickelten Tieren zurückführen und durch die evolutionären Verwandtschaftsbeziehungen begründen.

Natürlich tragen wir auch für „niedere“ Tiere, Pflanzen usw. bis hin zur unbelebten Umwelt Verantwortung. Der Wert, der in der Bibel den Mitgeschöpfen zuerkannt wird, läßt einen deutlichen Unterschied zum Wert des Menschen erkennen. Eine Wertnivellierung, wie man sie z. B. bei Albert Schweitzer findet, läßt sich kaum aus der Bibel ableiten.

Auch die Relativierung des Wertes von Mensch und Tier, wie sie vor allem durch den utilitaristischen Ansatz von Peter Singer populär geworden ist, entspricht nicht einer christlichen Auffassung. Ein pragmatischer Kompromiß, den man mit

Johannes Reiter vielleicht als „relative Anthropozentrik“ bezeichnen könnte, gesteht unseren Mitgeschöpfen ihren Wert zu, ohne auf die Sonderstellung des Menschen zu verzichten.

Aufgaben in der medizinischen Versorgung

Durch Gentechnik veränderte - transgene - Organismen dienen hauptsächlich dem Erkenntnisgewinn in Grundlagen- und angewandter Forschung aber auch der Produktion von wichtigen Substanzen, wie z. B. Arzneimitteln, die anders nicht oder nur viel schwieriger hergestellt werden können. Damit erhält Gentechnologie eine weitere Aufgabe in der medizinischen Versorgung. Darüber hinaus kann die Umwelt durch gentechnische Produktionsverfahren, welche „harte“ chemische Herstellungsprozeduren ersetzen, wirkungsvoll entlastet werden. Gegen die Verwendung von Mikroorganismen in der Gentechnologie regt sich kaum ethisch begründeter Widerstand. Ihre positive Bedeutung wird allgemein akzeptiert und nur dort kritisch begutachtet, wo der Verdacht entsteht, daß das wirtschaftliche Gewinnstreben überwiegt.

Strenger wird die Gentechnologie in Bezug auf höhere Pflanzen und Tieren bewertet. In einer teilweise unsystematischen Sichtweise wird die Erzeugung transgener Tiere tabuisiert und nicht in eine angemessene Relation zu anderen - weitgehend akzeptierten - Nutzungsweisen von Tieren gesetzt. Viele durch traditionelle Methoden gezüchtete Rassen werden den hohen Anforderungen der Tierschutz- und Tierrechtsbewegung nicht gerecht. Gentechnik ist im Vergleich zu herkömmlichen Züchtungsmethoden vor allem extrem zeitsparend. Dadurch wird sie der traditionellen Züchtung überlegen. Eine schnellere und zielgerichtete Züchtung ist nicht nur billiger, sondern erlaubt auch eine exaktere Anpassung an die sich ändernden Anforderungen. Das Übertragen von Eigenschaften über Artgrenzen hinweg, das oft (unter Benützung pseudo-religiöser Semantik: „geheilte Artgrenzen“) als ethisches Argument gegen gentechnik-gestützte Züchtung angeführt wird, erweist sich bei genauerem Hinsehen als unbegründet, findet doch auch in der freien Natur eine ständige Änderung des Genpools statt, so daß Arten weniger als statisch, sondern vielmehr als in ständigem evolutiven Wandel zu betrachten sind.

Gentechnik in Tierzucht

Schließlich bietet Gentechnologie auch neue Möglichkeiten, wertvolles genetisches Material dauerhaft zu sichern.

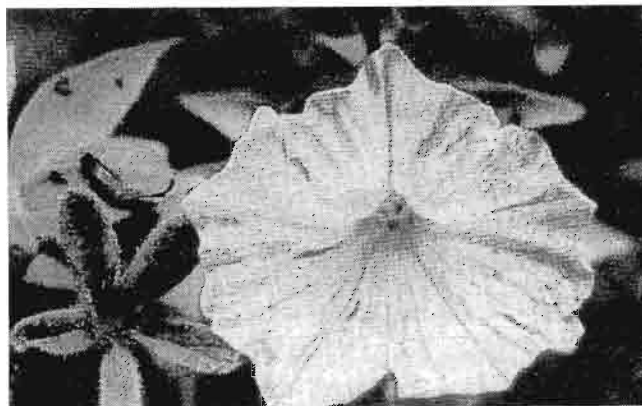
An Tierhaltung und Tierzucht müssen hohe ethische Forderungen gestellt werden, unabhängig davon, ob Gentechnik benutzt wird. Das Quälen und sinnlose Töten von Tieren ist abzulehnen. Die Tierhaltung muß der jeweiligen Art entsprechen. Das Leiden der Tiere muß möglichst verhindert werden; wo dies nicht möglich ist, muß der erwartete Nutzen entsprechend sein und die Eingriffe in die Autonomie des Tieres rechtfertigen. Transgene Tiere können in der biologisch-medizinischen Forschung eine wichtige Funktion erfüllen.

Die sogenannte „Krebsmaus“, deren Disposition zur Tumorausbildung gentechnisch erhöht wurde, stellt ein geeignetes Beispiel dar, um die ethisch-relevanten Fragen aufzuzeigen. Diese transgene Maus gilt als Modellsystem zur Klärung der molekularen Mechanismen der Tumorbildung. Die dadurch gewonnenen Ergebnisse versprechen, die Krebsterapie beim Menschen zu verbessern. Diesem hohen Ziel steht das nicht völlig auszuschließende Leiden der Tiere gegenüber. Auch die Patentierung „Krebsmaus“ wirft ethische Fragen auf.

Berechtigte wirtschaftliche Interessen müssen im Verhältnis zu den ethischen Bedenken, nämlich hochentwickelte Lebewesen auf das Niveau des Sachrechtes herunterzuzwingen, bewertet werden. In jedem einzelnen Fall muß kritisch geprüft werden, ob die Herstellung und Nutzung eines transgenen Tieres sinnvoll und gerechtfertigt ist. Dabei trägt nicht nur die gesamte Gesellschaft mit ihren Wertvorgaben und die Ethik als geisteswissenschaftliche Disziplin - z. B. in den Ethikkommissionen - Verantwortung, sondern auch besonders die Naturwissenschaftler im Labor, die sich vor dem eigenen Gewissen und vor Gott rechtfertigen müssen.

Im Zusammenhang mit transgenen Pflanzen werden vor allem die möglichen Risiken bei ihrer Freisetzung disku-

tiert. Auch wenn nach mehreren tausend Freisetzungsexperimenten - die nur zu einem verschwindend geringen Teil in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurden - bisher keine gentechnischen Unfälle registriert werden konnten, muß aufgrund von Erfahrungen mit



Gemusterte Petunienblüte aus dem ersten Freilandversuch in Deutschland im Sommer 1990.

Foto: Hoechst AG Frankfurt

verwilderten, nicht-heimischen Pflanzen die Möglichkeit einer unkontrollierten Ausbreitung fremder Arten berücksichtigt werden. Das Risiko erscheint jedoch minimal. Durch biologische Sicherheitsvorkehrungen versucht man, es weiter zu verringern.

Freisetzungsexperimente

Der sorgfältige Umgang mit der Umwelt, der auch den Schutz vor unkontrollierter Verbreitung fremder Organismen und eine dadurch bedingte Gefährdung der heimischen Arten einschließt, scheint bei Freisetzungsexperimenten mit transgenen Pflanzen aus ethischer Sicht das entscheidende Problem zu sein. Eine weitere Gefahr könnte aus dem hohen wirtschaftlichen Potential der gentechnischen Züchtung entstehen. Es wird oft die Befürchtung geäußert, daß Pflanzenzüchtung in Kombination mit Pestizid- und Düngerproduktion zu einer finanzstarken Monopolisierung führen könnte und als Folge davon eine durch Monokulturen geprägte Kulturlandschaft und eine zunehmende Abhängigkeit der Landwirtschaft von übermächtigen Industriekonzernen.

Den möglichen Risiken steht die Erwartung gegenüber, daß insbesondere durch die gentechnik-gestützte Pflanzenzüchtung Hunger und Armut auch

bei einer weiterhin bedrohlich anwachsenden Weltbevölkerung effizient bekämpft werden können. Transgene Pflanzen, die an die teilweise extremen Standortbedingungen in der Dritten Welt angepaßt sind, können dort zu einer ausreichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln beitragen. In Verbindung mit längst überfälligen sozialen Reformen wäre so die Möglichkeit gegeben, der anhaltenden Verelendung in der Dritten Welt wirkungsvoll und schnell entgegenzuwirken.

In den Industriestaaten bieten transgene Pflanzen eine neue Chance für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, in der ausreichende Erträge von hoher Qualität mit weniger Pestiziden und Kunstdünger erwirtschaftet werden können.

In den 20 Jahren, in denen Gentechnologie betrieben wird, ist es zu keinem einzigen Gentechnik-Unfall gekommen. Die selbstkritischen und auf ihr Verantwortungsbeußsein hinweisenden Bedenken der Naturwissenschaftler, wie sie 1975 in der berühmten Konferenz von Asilomar, im selbst auferlegten, zeitlich befristeten Moratorium und in den extrem hohen Vorsichtsmaßnahmen der ersten Jahre zum Ausdruck kamen, erwiesen sich eigentlich als unbegründet. Auch Technikfolgenabschätzung und Risikoforschung haben bisher keine unerwarteten biologischen Risiken erkennen lassen.

Risiko und Verantwortung

Mögliche negative Auswirkungen auf die Gesellschaft - z. B. auf Landwirtschaft, Umwelt und Rechtsstaat - erscheinen korrigierbar. Trotzdem ist die Akzeptanz in Deutschland gering. Ängste und Sorgen über unkalkulierbare und angeblich unbeherrschbare Risiken verdecken den Blick auf die Chancen.

Risikofaktoren

Menschliches Handeln ist mit Risiken behaftet. Der Risikobegriff schließt sowohl die Möglichkeit des Scheiterns als auch des Erfolgs ein. Gelingen und Scheitern liegen eng beieinander und lassen sich

nicht mit absoluter Sicherheit vorherbestimmen. Die Unsicherheit - das „Restrisiko“ - ist ein integraler Bestandteil menschlicher Aktivität. Risikobehaftete Entscheidung und Handeln sind daher ethisch gerechtfertigt - und gefordert - wenn sie auf einem verantwortungsbewußten, sachlichen Abwägen aufbauen. Nicht-Handeln ist genauso wie Handeln risikobehaftet, und entläßt uns nicht aus der Verantwortung.

Für die Frage nach der weiteren Förderung der Gentechnologie bedeutet es, daß nicht nur die Risiken gentechnologischer Aktivität, sondern auch die eines Forschungsstopps berücksichtigt werden müssen: Können wir es wirklich verantworten, gentechnische Forschung nicht weiter zu fördern und damit neue Optionen für Gesundheit, Ernährung und Umwelt zu verhindern? Ein verantwortungsbewußtes Weiterführen der Gentechnologie mit kritischer Bewertung vor dem Hintergrund christlicher Wertvorstellungen erscheint auch weiterhin notwendig und verantwortbar.

In der gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ heißt es: „Der heutigen Menschheit ist eine ungleich größere Verantwortung aufgetragen als früheren Generationen... (Der) umfassenden Sorge (um die Schöpfung) muß sich die heutige Menschheit stellen. Das beinhaltet eine neue Qualität der Verantwortung, die alles Bisherige übersteigt. Weil allein der Mensch inmitten aller Weltwesen in der Lage ist, für die Sicherheit der Zukunft Sorge zu tragen, hat er auch die Pflicht dazu. Die Menschheit muß ihr Tun, das tiefer und langfristiger als früher in das Naturgeschehen eingreift, wie auch ihr Unterlassen, das folgenschwerere Versäumnisse als früher nach sich zieht, verantworten.“ ■

Anm.:

Dr. Norbert Arnold ist Molekularbiologe, hat zusätzlich Philosophie studiert und ist in der Abteilung Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.



Molekulare Medizin - ein Gezeitenwechsel für Gesundheitswesen und Gesellschaft?

Dr. Stefan Winter

Gezeitenwechsel haben ihre Eigentümlichkeiten: der Prozeß vollzieht sich unmerklich, der Effekt ist jedoch am Ende klar und unübersehbar - Wattwanderer werden bisweilen von der Flut überrascht. Ein Charakteristikum von Gezeitenwechseln in der Natur ist ihre Unabwendbarkeit.

Mit der Fähigkeit, die Erbsubstanz von Lebewesen, die DNS, neu zu kombinieren, hat es in den Naturwissenschaften und in der Medizin eine Art „Dammbruch“ gegeben. Dammbruchphänomene sind nicht umkehrbar. Die Wissenschaftler haben einmal, auf der Konferenz von Asilomar 1976, versucht, inzuhalten und die Forschung an rekombinanten Nukleinsäuren (DNS) gänzlich einzustellen. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Geschichte - und auch wissenschaftliche Entwicklungen gehören zu unserer Geschichte - ließ sich am Ende nicht mehr umkehren, die Zeit sich nicht zurückdrehen. Kurz gesagt: etwas Neues war "in der Welt".

Welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen?

Zum einen könnte man einen fatalistischen Standpunkt einnehmen und sagen: es nützt offenbar nichts, sich für oder gegen eine Entwicklung, wie sie z.B. mit der Gentechnologie verbunden ist, zu engagieren. Große technische Entwicklungen entfalten ihre eigene Dynamik und sind vom Menschen nur unzureichend steuerbar.

Zum anderen wäre auch die folgende Haltung denkbar. Es ist anerkennenswert, daß sich die Wissenschaftler da-

mals, 1976 in Asilomar, intensiv über die mit der Gentechnologie verbundenen technischen und gesellschaftlichen Risiken auseinandergesetzt haben (und dies immer noch tun!). Die kritische Reflexion der Wissenschaftler war nützlich, um als Startpunkt für etwas zu fungieren, welches heute im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch "proactive risk assessment" genannt wird, die vorsorgliche Befassung mit technikimmanenten Risiken.

Tatsächlich spricht vieles für den zweiten Standpunkt. Wir haben heute in Deutschland, wie kaum in einem anderen Land der Welt, eine breite öffentliche Diskussion zur Gentechnologie, die "Gentechnologie-Debatte". Die öffentliche Auseinandersetzung mit hochkomplexer Wissenschaftsmaterie bringt naturgegeben Unschärfen mit sich. Bei aller anzutreffenden Sachlichkeit, werden wesentliche Sachverhalte leider falsch und in sinnentstellendem Kontext dargestellt.

Die Verantwortlichkeit dafür liegt auf beiden Seiten. Daraus folgt, daß es so etwas wie eine "wechselseitige Verpflichtung zur Aufrichtigkeit für Wissenschaftler und Öffentlichkeit" geben muß. Die Wissenschaftler müssen jederzeit in der Lage sein, die wesentlichen Grundzüge und die Richtung ihrer Forschung einer informierten Öffentlichkeit allgemeinverständlich darzulegen. Darin besteht für mich eine Grundvoraussetzung ethisch vertretbarer Wissenschaft. Öffentlicher Diskurs, das bedeutet für den einzelnen Wissenschaftler zusätzliche Mühe. Er sollte sich dieser Mühe unterziehen. Es darf nicht die "Herrschaft der wenigen Wissenden mit weitreichenden Konsequenzen für viele Unwissende" geben.

Andererseits müssen Journalisten und breite Öffentlichkeit alles daran setzen, die Grundgedanken der wissenschaftlichen Forschung nachzuvollziehen, die wesentlichen Aussagen zu verstehen und zu reflektieren. Das kostet ebenfalls Mühe. Wir müssen aber erst fragen, bevor wir nach Antworten suchen und sie formulieren. Die Antworten der Gesellschaft haben ihrerseits weitreichende Konsequenzen für die Wissenschaftler. Der Begriff "Forschungsklima" gibt eine Ahnung davon.

Wechselseitiges Vertrauen aufbauen

Was heute in Deutschland fehlt, ist eine wechselseitige Vertrauensbasis zwischen Wissenschaftlern und Ärzten einerseits und der Öffentlichkeit andererseits. Viel zu oft wird zunächst wechselseitig von Unterstellungen ausgegangen. Ich habe oben davon gesprochen, daß die Verantwortung "auf beiden Seiten" läge. Sprache hat manchmal etwas Decouvrierendes. Es lohnt, darüber nachzudenken, ob man den Begriff "auf beiden Seiten" unwidersprochen stehen lassen kann. Warum gehen wir eigentlich so

selbstverständlich von einer Zweiteilung - "hier die Wissenschaftler bzw. Ärzte, dort die Gesellschaft" - aus, geradewegs so, als ginge es nicht vielmehr darum, der Gesellschaft die Ergebnisse moderner medizinisch-naturwissenschaftlicher Forschung zunutze zu machen?

Wissenschaft in Deutschland ist grundsätzlich von Mißtrauen begleitet. Bei den meisten anderen europäischen Staaten gehören Wissenschaftler zu den Leitbildern in der Gesellschaft. Ihnen wird a priori ein hochstehendes Ethos zugestanden. Die moralische Qualifikation wird nicht in Frage gestellt. Das Bemühen um Verbesserungen für die Gesellschaft bestimmt, in den Augen vieler unserer Nachbarstaaten, die Denk- und Handlungsweise der Wissenschaftler.

Neue Therapieformen vorantreiben

Wir haben auch bei uns, bei aller Kritik, mit der die Wissenschaft umzugehen lernen muß, eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Verpflichtung, neue Therapieformen voranzubringen. Auch

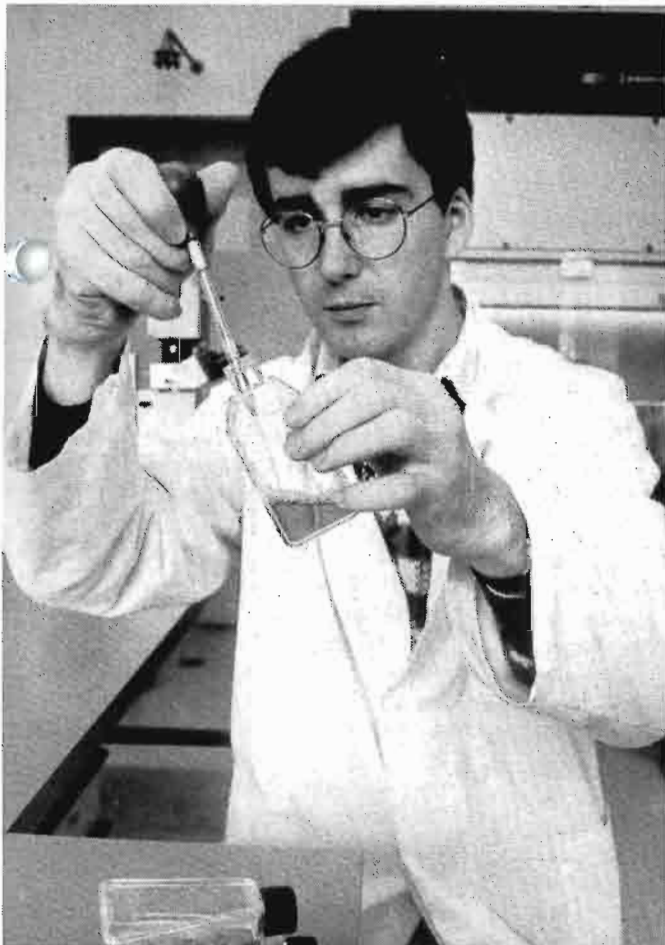
da besteht eine ethische Verantwortung. Diese ist gepaart mit einer Verpflichtung zur Maximierung von Qualitätsstandards in der Humanmedizin, auch auf dem Sektor der gentechnologischen Entwicklungen.

Man darf sich zu Recht fragen, ob es nicht anderen Wissenschafts- und Technikbereichen gut angestanden hätte, im voraus, zumindest aber prozeßbegleitend - keinesfalls jedoch reaktiv - zu evaluieren, welches zusätzliche Potential in positiver wie auch negativer Hinsicht die jeweilige neu zum Einsatz kommende Methode oder Technik für die Wissenschaft - und damit eben auch für die Gesellschaft - bedeutet. Die Politik hat dies insofern aufgegriffen, als der Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie nun auch den zusätzlichen Namen „Technikfolgenabschätzung“ führt. In dieser Hinsicht käme der Gentechnik in der Medizin eigentlich keine Sonderrolle zu. Sie wird aber in allen Diskussionen gleichwohl in besonderer Weise herausgehoben und von anderen therapeutischen Verfahren abgegrenzt.

Mit der Anwendung neuer gentechnischer Methoden in der Humanmedizin haben sich die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten entscheidend verbessert. Es entwickelt sich inzwischen ein neuer Zweig der Heilkunde, die sog. „Molekulare Medizin“. Sie ist aus Erkenntnissen der molekularbiologischen Grundlagenforschung hervorgegangen. Die „Molekulare Medizin“ versucht, komplexe Krankheitsbilder wie Krebs oder Stoffwechselkrankheiten an ihren Ursprüngen, den Genen, zu verstehen.

Seit Mai dieses Jahres wird an zwei Kliniken in Deutschland die somatische Gentherapie als neues Behandlungsverfahren von Krebskrankheiten angewendet. Das Verfahren ist derzeit sehr aufwendig, der Erfolg bei Krebs noch ungewiß. In den bisher weltweit durchgeführten Behandlungen gibt es gleichwohl erste Anzeichen für eine Wirksamkeit der somatischen Gentherapie in bestimmten Fällen. Es ist noch ein langer Weg, bis die somatische Gentherapie ein Erfolg wird und möglicherweise vielen Patienten geholfen werden kann. Über-eilte und vorschnelle Hoffnungen schaden dem medizinischen Fortschritt und damit den betroffenen Patienten.

Es ist nicht überzeugend, wenn argumentiert wird, die „Molekulare Medizin“ sei dem Machbarkeitswahn ver-



Die Erforschung der molekularen Genetik der Krebserkrankung ist eines der Gebiete der wissenschaftlichen Forschungsarbeit am Institut für Humangenetik an der Universitätsklinik in Homburg/Saar. Die Beteiligung der Erbanlagen an der Entstehung von Krebszellen steht dabei im Mittelpunkt der Genforschung.

Foto: dpa/Vetter

fallen. Jeder, der sich mit wissenschaftlichen Fragen befaßt oder befaßt hat, weiß, daß mit der Beantwortung einer wissenschaftlichen Fragestellung zig neue Fragestellungen aufgeworfen werden können. Für Machbarkeitswahn ist da wenig Raum. Auch die Behauptung, man "wolle medizinisch immer mehr, irgendwann müsse im Sinne des Patienten auch einmal Schluß sein", zielt am eigentlichen Problem vorbei. Natürlich muß der Arzt nach wie vor im Einzelfall abwägen, welche Therapie ethisch vertretbar ist. Das ist z.B. so in der Intensivmedizin und auch bei der Krebstherapie. Die Abwägung ist unabhängig von der eingesetzten Methode.

Diagnostik und Therapie

Es ist eine unzulässige Vermischung von aus der bisherigen angewandten Medizin vorhandenen Problemen und der Anwendung gentechnischer Methoden in der Medizin aufgetreten. Viele der angesprochenen Fragen - etwa die Information des Patienten, der Umgang mit medizinischen Daten, die Problematik der Sicherheit und der Mitteilung von Prognosen - sind aus der herkömmlichen Medizin bestens bekannt. Die „Molekulare Medizin“ lenkt den Blick auch auf bisher Bekanntes. Ist das alles?

Mit dem eingangs erwähnten Begriff des Gezeitenwechsels habe ich andeuten wollen, daß der Gentechnik in der Medizin eine Sonderrolle zukommt. Es wird nicht überraschen, wenn ich sage, daß diese Rolle zu Recht besteht, und zwar in bezug auf das unbestritten große Potential der „Molekularen Medizin“ und die unbestritten heftige öffentliche Diskussion darum.

Es gibt natürlich, wie bei jeder neuen Behandlungsform, Besonderheiten. Die Problematik der diagnostisch-therapeutischen Schere gehört dazu. Gentechnik in der Medizin führt zunächst dazu, daß sich für einen unbestimmten Zeitraum wesentlich mehr diagnostizieren als therapieren läßt. Dieser Zustand ist unbefriedigend. Hier muß sich ein ärztlicher Verhaltenskodex ausbilden, der einen vernünftigen Umgang mit genetisch gewonnenen Befunden gewährleistet. Die ärztliche Selbstverwaltung kann dabei einen großen Teil übernehmen. Der Staat hat, ausgehend von den Verpflichtungen des Grundgesetzes, mit dafür Sorge zu tragen, daß die geltenden Vorschriften ausreichenden Schutz für den Einzelnen bieten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat als einer von weltweit wenigen Staaten mit dem Embryonenschutzgesetz dem Schutz des Embryos besondere Priorität

beigemessen. Nicht nur wird in diesem Gesetz die Klonierung von Embryonen bei Strafe untersagt, auch die Therapie der menschlichen Keimbahn wird rechtsverbindlich verboten. Es muß immer wieder betont werden, daß die sog. Keimbahntherapie in Deutschland nicht erlaubt ist. Es kann also bei uns keinen Eingriff in das menschliche Erbgut geben, der an die Nachkommen weitervererbt werden kann.

Wir sollten alles dafür tun, dieses Verbot auch europaweit und international durchzusetzen. Gelingt uns das nicht, d.h. wäre diese Grenzüberschreitung erst einmal erfolgt, gäbe es nichts, was dauerhaft die weltweite Ausbreitung der Keimbahntherapie verhindern könnte.

Eine Möglichkeit für Wattwanderer, nicht von der Flut überrascht zu werden, besteht darin, die Meeresströmungen und die Gezeiten permanent und aufmerksam zu beobachten.

Anm.:

Dr. Stefan Winter ist Mitarbeiter des Referates "Humangenetik" im Bundesministerium für Gesundheit.

„Bürgerethos gegen Politikverdrossenheit und Werteverlust“

Reinhard Göhner

Wertewandel und Politikverdrossenheit hängen eng zusammen. Seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gibt es einen deutlichen Trend, daß Werte der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung immer wichtiger geworden sind und Werte, die sich auf die Gemeinschaft beziehen, immer stärker in den Hintergrund rücken. Auf der Werteskala haben sich die Prioritäten zugunsten ich-bezogener und zuungunsten wir-bezogener Einstellungen verschoben.

Die Anzahl der Bürger, die ihr Leben „als eine Aufgabe“ betrachten, sinkt deutlich gegenüber der Anzahl der Bürger, die ihr „Leben genießen“ möchten, „ohne sich mehr abmühen zu müssen als nötig“. Diese zweite Gruppe ist es dabei vor allem, die Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit pflegt. So verdeutlichen es Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie. Die Frage, ob man mit dem Satz John F. Kennedys etwas anfangen könne: „Ich will nicht fragen, was tut der Staat für mich, sondern: was tue ich für den

Staat“, beantworteten gerade 21 % der Bundesbürger zustimmend.

Individualisierungstrend

Hauptmerkmal des Wertewandels ist eine starke Individualisierung, eine Konzentration auf die eigene Selbstfindung und Selbstverwirklichung, auf das eigene Ego. Dazu gehört eine tendenzielle Abwendung vom Gemeinschaftlichen und Politischen, vom Karitativen und Sozialen. Wenn sich Desinteresse und Verdruß an Politik breit gemacht haben, wäre es entschieden zu kurz gegriffen, die Politikverdrossenheit ausschließlich auf Skandale und Verfehlungen einzelner, auf Verkrustungen der Parteien oder auf die Schwerfälligkeit politischer Prozeduren zurückzuführen.

Dies alles hat gewiß zu Verdruß beigetragen - aber die eigentlichen Ursachen

für die Politikverdrossenheit liegen tiefer im allgemeinen Wertewandel mit seinem Trend zur Individualisierung und Entsolidarisierung. Dafür spricht nicht zuletzt, daß alle westlichen Wohlstandsgesellschaften die gleichen Symptome des Unbehagens an der Politik zeigen und daß **nicht nur Parteien, sondern ebenso Gewerkschaften und Kirchen, Verbände und Vereine an Bindungskraft verloren haben.**

Die amerikanische Zukunftsforscherin Faith Popcorn hat von der Individualisierung und dem Rückzug ins Private als dem Haupttrend innergesellschaftlicher Entwicklungen für die Zukunft gesprochen; sie nennt dieses egozentrische Sich-Einspinnen „Cocooning“. Für alle Lebensbereiche gilt, daß dauerhafte Bindungen, Tätigkeiten mit unabwiesbaren Verpflichtungen oder ein verpflichtendes Engagement möglichst vermieden werden. Pflichten gelten als Einschränkungen von Freiheit, Bindungen legen unzumutbar fest und Engagement bringt Konsequenzen mit sich, denen man sich nicht entziehen kann. Es ist eine sehr gegenwartsbezogene und verantwortungsscheue Sicht der Dinge.

Zum Wertewandel gehört, daß die Schuld am persönlichen Scheitern oder an der Nichterfüllung individueller Wünsche der Gemeinschaft zugerechnet wird - sei es „gesellschaftlichen Mißständen“ oder einer „verfehlten Politik“. Man selbst ist natürlich nicht „schuld“, weil man sich eben nicht „verantwortlich“ fühlt. Wo Freiheit nur im relativen Sinne als Freiheit „von“ verstanden wird, wird die eigene Verantwortlichkeit kleiner geschrieben.

Verantwortliche Bürgergesellschaft

Eine neue Wertedebatte ist deshalb ebenso notwendig wie eine neue Gesellschaftskritik. Sie muß deutlich machen, daß individuelle Freiheit und Verantwortung für sich selbst, für andere und für die größere Gemeinschaft untrennbar zusammenhängen. Freiheit als Befreiung von allem vermeintlich Einengenden, als „permanente Emanzipation“ kann nicht unser Ideal sein, sondern eine Freiheit, die sich in Selbstverantwortung und Mitverantwortung verwirklicht. Zur Freiheit gehört die Verantwortung, zu den Rechten die Pflichten, zum Eigeninteresse das Gemeinwohl und zum freien Bürger das Staatsbürgerbewußtsein.

Das Gegenmodell zur individualistisch-privatistischen Rückzugsgesellschaft ist die freie und verantwortliche Bürgergesellschaft. Die Bürger sind es, die die staatliche Gemeinschaft ausmachen: die Bürgerschaft ist Quell und Ursprung des Staates. Wir Bürger machen die Gemeinschaft aus, und auch der Staat ist letztlich nichts anderes als der Verband der Bürger, durch die Verfassungsordnung gestaltet. Als Bürger sind wir deshalb aufgerufen, unseren demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat zu festigen und zu verteidigen. Die Solidargewinnler schädigen uns letztlich alle; ohne Rücksicht auf die Belange der anderen, ohne Orientierung an der Idee des Gemeinwohls ist die Freiheit aller gefährdet. Die freiheitliche Bürgergesellschaft ist deshalb auf das Ethos ihrer Bürger angewiesen - mehr als andere Gesellschaften und Staaten.

Zum Bürgersein gehört natürlich das Private: Das Haus, die Familie. Die Privatsphäre ist ein zentrales Freiheitsrecht, und es gibt ein Recht auf eine unpolitische Existenz. Wir wollen nicht die Politisierung aller Lebensbereiche, sondern eine bürgerliche Lebensform. Der Einsatz für die Gemeinschaft fängt aber auch nicht mit der großen Geste an, sondern da, wo ein jeder in seinen vielfältigen Wirkungsbereichen gefordert ist. Gemeinsinn beginnt im Umgang mit den Nächsten; Verantwortung ist zunächst für die eigenen Aufgaben zu tragen.

Bürgersinn und Verantwortungsbeußtsein erweisen sich am Arbeitsplatz und in der Tüchtigkeit und Leistungsbereitschaft, in der man seiner Arbeit nachkommt; sie erweisen sich in der Familie und Nachbarschaft, im Dienst am Nächsten, im Einsatz auf politischer, karitativer und sozialer Ebene, in gemeinnützigen Vereinen und ehrenamtlichen Tätigkeiten. Das Ethos des Bürgers bewährt sich in seinen unterschiedlichen Wirkungsfeldern - den privaten, familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen. Seine Pflicht tun heißt, zu erkennen, wo man persönlich gefordert ist, und dieser Anforderung gerecht zu werden.

Ich meine mit einer freiheitlichen Bürgergesellschaft eine Gemeinschaft engagierter Bürger, die nicht nur Ansprüche an den Staat stellen, Gegenleistungen möglichst klein halten wollen und Vorteilsnahme für ein Kavaliersdelikt halten, sondern Bürger, die über das eigene Interesse hinaus an das Wohl des Ganzen denken, die sich Demokratie

und Staat verpflichtet fühlen, für die Bürgertugenden und Bürgerpflichten, Loyalität und freie Mitwirkung selbstverständlich zum Leben in der Gemeinschaft gehören. Gerade die freiheitliche Demokratie und der moderne Rechtsstaat sind auf Bürgersinn und Bürgertugenden, auf Gemeinwohlorientierung und Pflichtbereitschaft angewiesen.

Rechtsgehorsam und friedliches Miteinander zeichnen den Staatsbürger ebenso aus wie Mündigkeit, Kritik und Engagement. Das ist demokratischer Patriotismus: Demokratisches Nationalbewußtsein bedeutet letztlich nichts anderes, als sich der Pflichten und der Verantwortung für und im Gemeinwesen bewußt zu sein.

Staat und Politik müssen Erwartungshaltungen gegenüber den Bürgern und der sozialen Gemeinschaft formulieren. Es ist aber eine Frage der Glaubwürdigkeit, daß der Staat nicht offiziell lobt, was er im Steuer- und sozialen Sicherungssystem bestraft: Er darf nicht Verantwortungslosigkeit prämiieren und verantwortungsvolles Verhalten bestrafen.

Eigenverantwortung der Bürger einfordern

Zum Beispiel kann der Staat nicht mehr Eigenverantwortung der Bürger verlangen, wenn er zugleich Aufgaben behält oder an sich zieht, die andere gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ebenso gut erfüllen können. Was einzelne, Familien, Gruppen, Zusammenschlüsse, Verbände und Vereine erledigen können, darf die staatliche Ebene nicht an sich ziehen. Nur dann wird sich der Staat auch zunehmend wieder auf die Aufgaben konzentrieren können, bei denen er gefordert ist und für die er seine Kräfte auch sammeln muß. Wir brauchen einen schlanken Staat; wir müssen deregulieren, privatisieren und entbürokratisieren, damit Freiheits- und Verantwortungsräume für einzelne und Gruppen erweitert werden und damit zugleich die Handlungsfähigkeit des Staates gefestigt wird.

Wir müssen uns daran gewöhnen, daß der Staat keine Vollkaskoversicherung ist. Wir stehen am Ende der Epoche der Verteilungsgesellschaft: wir müssen in allen Bereichen zu einer Verantwortungsgesellschaft werden. Die Stärkung von Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung ist das

wesentliche Prinzip für den Umbau des Sozialstaats. Wir schwächen die Solidarität, wenn wir die Sozialsysteme nicht so umgestalten, daß die Eigenverantwortung belohnt und gestärkt wird. Subsidiarität und Solidarität gehören zusammen. Erst wo die Kräfte des einzelnen und seiner Familie überfordert sind, sollen und müssen die größere Gemeinschaft und schließlich der Staat helfen. Die solidarische Absicherung muß für die existenziellen Risiken eintreten, die der einzelne nicht bewältigen kann.

Wir müssen auch die Institutionen der Bürgergesellschaft stärken. Die wichtigste Institution ist dabei die Familie. Familie ist das Bindeglied zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft. In Familien lernen die Menschen am besten die Eigenschaften und Tugenden, die in einer freien und verantwortlichen Gesellschaft unverzichtbar sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbständigkeit und Mündigkeit. Die Familienförderung muß Priorität in der Politik haben und auf einer qualitativ neuen Stufe betrieben werden.

Christliche Werte und das Gemeinwohl der Kirchen

Insbesondere die christlichen Kirchen sind es aber, die eine fundierte Wertorientierung repräsentieren und die moralische Kraft des christlichen Glaubens lebendig halten. Ich halte das christliche Verständnis vom Menschen für eine entscheidende moralische Orientierung in der freien und verantwortlichen Bürgergesellschaft. Im christlichen Verständnis ist der Mensch zur Freiheit berufen und trägt zugleich hohe Verantwortung für das, was er aus seiner Freiheit macht. Das Gebot der Nächstenliebe schließt in diese Verantwortung die Mitverantwortung für die anderen ein und damit Tugenden von der Hilfsbereitschaft für den einzelnen bis zum Gerechtigkeitsstreben in der Politik.

Das Christliche ist dabei keine bloße Privatüberzeugung oder die Mindermeinung einzelner: vielmehr sind die tragenden Fundamente unserer Staats- und Verfassungsordnung christlicher Natur. Die Anerkennung der unantastbaren Würde der Person in Artikel 1 GG ist inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gotteseben-

Zeitgenossen

Manche Leute
sind wie ihre Anbauwände:
nicht aus lebendigem
Holz geformt,
computerberechnet,
seriengenormt.

Gemischte Substanz,
hauchdünn furniert,
zur Extravaganz
auf Hochglanz poliert.

Das teure Kristall
gut sichtbar gespiegelt,
das Innenleben
verschlossen, versiegelt.

Stets staubbefreit,
nie vom Holzwurm bedroht,
ein glattes Gesicht,
lebendig schon tot.

Magarete Koch, in:
Erinnerung, Literaturwettbewerb
für Senioren, 1993

bildlichkeit des Menschen als Geschöpf
Gottes (EKD-Denkschrift 1985).

Christliche Werte gewinnen ihre Kraft letztlich aus gelebtem Glauben. Deshalb tragen auch die Kirchen durch ihren Verkündigungsauftrag entscheidend zum Gemeinwohl bei. Die absolute Unverbrüchlichkeit der menschlichen Würde kann nur eine überweltliche Instanz gewährleisten. Deshalb ist es unverzichtbar, in der Präambel der Verfassung von Gott zu sprechen, weil wir damit deutlich machen, daß die Anerkennung der menschlichen Würde und der damit verbundenen Menschenrechte nicht von uns verliehen wird, sondern im Gegenteil von uns verlangt wird.

Es wird in der Öffentlichkeit in der Regel verschwiegen, daß der Wertewandel zutiefst auch mit dem Verlust des Christlichen in unserer Gesellschaft zusammenhängt. Mit der schon zitierten Frage, „Was tue ich für den Staat“, können 30 Prozent der Christen etwas anfangen - also mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Das Pflichtenethos ist Christen selbstverständlicher und einsichtiger, wie Renate Köcher, Allensbach, feststellt: „Die Schwächung des Christlichen ging und geht in dieser Gesellschaft mit einer immer stärkeren Eigennutzorientierung einher, auch mit einer immer stärkeren Gegenwartsfixierung, einer Haltung, die den größtmöglichen Eigennutzen hier und jetzt anstrebt.“ Jugendliche, die religiös interessiert sind, stehen zugleich auch dem Gemeinwesen aufgeschlossener gegenüber als andere und sind eher bereit, Pflichten im Staat zu übernehmen.

Die moralische Kraft des gelebten Christentums ist nach wie vor groß. Sie zu stärken und vor allem sie weiter in die politische Praxis und die staatliche Gemeinschaft einzubringen, ist eine Frage an das Engagement der Christen. Wenn wir nicht wollen, daß diese Gesellschaft immer mehr zu einer besitzstandsverteidigenden Ellenbogengesellschaft wird, sind wir auf christlichen Geist angewiesen. Wertebewußtsein, Verantwortungsgefühl und Pflichtenethos, die in unserer freiheitlichen Gesellschaft unverzichtbar sind, werden im christlichen Glauben und im christlichen Verständnis vom Menschen in einer Weise fundiert, die durch nichts anderes zu ersetzen ist.

Anm.:

Dr. Reinhard Göhner MdB
ist Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Wirtschaft,
hat als Vorsitzender der Programm-
Kommission das neue
CDU-Grundsatzprogramm verfaßt und
ist Mitglied der Kammer für Öffentliche
Verantwortung der EKD.
Der abgedruckte Beitrag geht auf einen
Vortrag vor dem Hans-Lillje-Forum
Hannover zurück.



Evangelisches Johannesstift Berlin

**„Wir bitten dringend um
Hilfe für den Annagarten“**

„Vor den Toren Oranienburgs liegt zwischen Wiesen und Feldern der Annagarten. Hier werden 76 Frauen mit geistigen Behinderungen im Alter von 27 bis 85 Jahren von 14 Diakonissen und weiteren 22 Mitarbeiterinnen betreut. Mehrere Bewohnerinnen sind schon seit über 30 Jahren hier.



Nicht nur die Zimmer sind eng. Auch Gänge und Treppen sind schmal.

Die meisten Frauen leben in Zimmern, die beengt sind, als es für Gefängniszellen zulässig wäre. Deshalb müssen wir vor allem bauen, um die bedrückende Enge zu lindern. Jeder zusätzliche Raum bringt Erleichterung. Ein Fertighaus könnte noch in diesem Jahr errichtet werden und zum Winter fertig sein. Ein solches Haus kostet 800.000 DM. Ein Viertel davon ist im Haushaltsplan von 1994 bereits vorhanden. Für die fehlenden 600.000 DM bitten wir im Namen der Bewohner vom Annagarten jetzt um Ihre Spende.“ (Pfarrer Peter Fenner, Stiftsvorsteher)

Spendenkonto:

**Berliner Bank,
Konto 21 535 000 00,
BLZ 100 200 00**

Präses Peter Beier zum Thema:

„Christ sein und wählen gehen“

„Die Republik steht vor einem monströsen Wahljahr. Dazu kann die Kirche in aufgeregter gesellschaftlicher Lage nicht schweigen. Barmen erinnert uns ausdrücklich an die „Verantwortung der Regierenden und der Regierten“.

Ich sage deshalb:

Der Gang zu den Urnen in diesem Jahr ist Christenpflicht. Das Argument der Politikverdrossenheit ist kein Argument für Christen. Es sei jeder zunächst einmal über sich selbst verdrossen. Denn wir alle verantworten eine gesellschaftliche Atmosphäre mit, die vom Laster der Privatisierung stigmatisiert ist. Wer sein Wahlrecht nicht in Anspruch nimmt, besorgt das Wasser auf die Mühlen derer, die mit abgestandenen Parolen das Volk verdummen und ihre offenkundige Verfassungsfeindschaft nur dürftig unter scheindemokratischem Mäntelchen verbergen. Evangelische Christen sind Verfassungspatrioten.

Das ist ja wohl das mindeste, was in dieser Situation verlangt werden kann. Wählt Politikerinnen und Politiker, deren Verfassungstreue erprobt ist. Es gibt sie in Menge. Gott sei Dank. Stimmt nicht in den Chor der Schwätzer ein, die Politik im Grundsatz für ein korruptes Geschäft halten. Das ist nicht wahr. Tut eure Pflicht. Noch immer hat die Vernunft eine Chance.“

**Präses Peter Beier in: Bericht
über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse**

Prof. Wilhelm Hahn wurde 85

Der evangelische Theologe und CDU-Politiker Prof. Wilhelm Hahn (Heidelberg) feierte am 14. Mai seinen 85. Geburtstag. Er war von 1964 bis 1987 baden-württembergischer Kultusminister und anschließend bis 1987 Mitglied des Europäischen Parlaments. Der im estnischen Dorpat (Tartu) geborene Hahn stammt aus einer Theologenfamilie.

Dr. Ingo Friedrich, MdEP zum Thema: Die CSU und Europa



**Dr. Ingo Friedrich, MdEP:
Die CSU will an diesem
Europa weiterbauen.**

Europa war und bleibt für die CSU nach den Katastrophen dieses Jahrhunderts eine grundlegende Voraussetzung

für die gesicherte Zukunft der europäischen Völker. Die CSU strebt aber keinen europäischen Bundesstaat an, sondern ein Europa der Nationen und Regionen, also einen Staatenverbund. Die Identität der deutschen Nationen und Regionen, also einen Staatenverbund. Die Identität der deutschen Nation muß ebenso erhalten bleiben wie die Eigenstaatlichkeit Bayerns. Die 300 Millionen Europäer brauchen keinen Überstaat, sondern ein Schutzschild und einen Ordnungsrahmen für Aufgaben, die die Europäer nur gemeinsam lösen können.

Bücher

**Norbert Lammert:
Königswege und
Trampelpfade, Kamp Verlag,
Bochum 1994, 208 Seiten**

„Norbert Lammert nähert sich dem Gegenstand nicht von der technischen organisatorischen Seite her. Er beginnt also nicht mit der Beschreibung von Defiziten in den Institutionen, Schulen, weiterführenden Schulen, Universitäten. Fachhochschulen, berufliche Ausbildung, Weiterbildung, die wesentlichen Bereiche also des Bildungswesens, sondern - auch das hat mich auch auf den Text aufmerksam gemacht, als er aus seinem Manuskript bei einer Veranstaltung in Hoyerswerda über Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zitierte -, er beginnt mit einigen, wie ich glaube, sehr bedeutenden Fragen an die Wirkung von Erziehungsdefiziten, Ausbildungsdefiziten auf die Gesamtbefindlichkeit der Gesellschaft. Wenn er in den ersten Kapiteln nicht nur in der Einleitung den Begriff der „Bildungskatastrophe“ von Georg Picht wieder aufnimmt oder des Bildungsnotstandes

sondern vor allem dann, wenn er sich im dritten Abschnitt seines Buches im einzelnen dem Verhältnis von Autorität und Gewalt, von verweigerter Autorität, von den Folgen verweigerter Autorität für die Erziehung widmet.

Ich kann Ihnen aus vielen Gründen, von denen ich einige jetzt vorgetragen habe, die Lektüre dieses Buches empfehlen. Ich glaube, daß es, wie selten ein anderes Buch, einen konsistenten, intelligenten und umfassenden Einblick nicht nur in die augenblickliche Problemlage, sondern auch in die Möglichkeiten gibt, die gegenwärtigen Probleme zu überwinden. Ich wünsche mir vor allem, daß dieses Buch als Manifest verstanden wird. Es ist zugleich ein Ruf, ein Ruf sich bewußt zu werden, daß es hier um eine Materie geht, die alle angeht. Wir können die Bildungs- und Ausbildungsfragen nicht nur den Experten überlassen."

Auszug aus der Ansprache zur Buchvorstellung von Ministerpräsident Prof. Biedenkopf.

Emondts, Stefan:
Menschwerden in Beziehung:
eine religionsphilosophische Untersuchung der medizinischen Anthropologie Viktor von Weizsäckers
Friedrich Fromman Verlag, Stuttgart 1993

Das Buch ist eine Anfrage an das herrschende Verständnis von Krankheit und an die Mittel und Wege des Therapieens. Zudem kritisiert es eine Theologie, die infolge der neuzeitlichen Differenzierung der Wissenschaften meinte, vom Heil handeln zu können jenseits der Dimension der Leiblichkeit sowie der Fragen nach Gesundheit und Krankheit.

Dr. Harald Krieg:
Entscheidung gegen Deutschland 1945 - 1950
Erinnerungen eines DDR-Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt an den Verrat der Freiheit
Klemmerberg-Verlag, Heidelberg 1993
ISBN 3-922265-47-2,
184 Seiten

Dr. Harald Krieg stellt in seinem Buch die Anfänge der „DDR“ dokumentarisch dar. Aufbauend auf seinen gereteten Tagebüchern und eigenen schmerzlichen Erfahrungen weist der Autor nach, wie die Menschen in Mitteldeutschland von den Sowjets und ihren Helfern von Anfang an mißbraucht und manipuliert wurden.

Lüge und Terror als Bausteine dieses künstlichen Staatswesens sind eindeutig belegt. Eine vorbildlich konzentrierte Ausdrucksweise mit beigelegten Anlagen erleichtert das Verstehen. Das von den Sowjets übernommene System der Privilegien für Mitthelfer in seiner gefährlichen Effizienz ist bedrückend.

Auf institutionalisierter subjektiver Vorteilsnahme konnte so in der „DDR“ der **VERRAT DER FREIHEIT** von der SED mit Blockpolitik, Volkskongressen 1947 - 1949 und ab 1950 „Nationaler Front“ vollzogen werden.

Friedbert Pflüger:
Deutschland driftet
Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder
200 Seiten, geb.
Econ Verlag, Düsseldorf 1994
Ein Plädoyer für die Bonner Republik

Dr. Friedbert Pflüger, CDU-MdB, Quer- und Vordenker seiner Partei, legt in einer schwierigen Phase für unser Land ein mutiges Buch vor. „Deutschland driftet“ ist eine

entschiedene Warnung vor der schleichenden Veränderung des politischen Denkens, einem neuen Marsch nach rechts und einer Abwendung von den politischen Idealen der Bonner Republik. Wachsender Terror von Rechtsextremisten, ausländerfeindlichen Exzesse, ein neuer Nationalismus, der rapide Vertrauensverlust in die parlamentarischen Institutionen und Parteien drohen Deutschland zu verändern.

Besorgniserregend ist, daß diese radikale Herausforderung der freiheitlichen Ordnung von rechts in weiten Teilen der Eliten entweder verdrängt wird oder auf heimliche Zustimmung stößt.

Die große Gefahr besteht daher, daß sich die Fehler, die 1933 zur Auflösung der Weimarer Republik führten, wiederholen. Auch damals wirkte ein sich Konservative Revolution nennender Kreis von Intellektuellen entscheidend an der geistigen Zerstörung der ersten deutschen Demokratie mit und lieferte den Nationalsozialisten den Überbau.

Heute drohen die gleichen Ideen in einem neuen Gewand wieder mächtig zu werden. Diese schleichende Demontage der Demokratie von rechts muß ernstgenommen, den Neuen Rechten der Kampf angesagt werden.

Pflüger versteht sein Buch darüber hinaus auch als einen Beitrag dazu, seine Partei gegen die Verführung von rechts außen zu immunisieren. „Zwischen christlichen Demokraten und rechten Revolutionären darf es keine fließenden Grenzen geben. Genauso, wie wir in den siebziger Jahren den Linksextremismus bekämpft haben, müssen wir es mit dem Rechtsradikalismus tun.“

Trutz Rendtorff (Hrsg.):
Protestantische Revolution?
Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien.
Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1993,
357 Seiten

Diese Textsammlung bietet Zwischenbilanz zur Debatte über die Rolle des Protestantismus in der DDR.

Um über die Frage Klarheit zu bekommen, was aus der Geschichte der DDR und des Zusammenbruchs des Sozialismus für Kirche und Theologie zu lernen sei, veranstaltete der evangelische Theologieprofessor Trutz Rendtorff ein Symposium zum Thema. Der von Rendtorff herausgegebene Band enthält unter anderem auch Beiträge der Theologen Uwe-Peter Heidingsfeld („Die besondere Gemeinschaft“ der Kirchen - Stabilisierung der DDR?), Günter Krusche („Ökumenisches Engagement des Kirchenbundes“), Wolf Krötke („Dietrich Bonhoeffer als Theologe der DDR“) und Eberhard Jüngel („Kirche im Sozialismus - Kirche im Pluralismus“). Die Textsammlung gehört zum gewöhnlich Besten, was an Analysen über den Protestantismus in der ehemaligen DDR verfügbar ist. Sie setzt zudem den Maßstab für eine faire, aber nicht unkritische Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Exner-Seemann, Konrad:
Josef Zieglmeyer:
Badische Landes- und Kommunalpolitik im frühen 20. Jahrhundert
Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 1993
ISBN 3-929 366-03-7

Historische Forschung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der politischen Bildung. Des-

wegen wurde in diesem Werk ein Politiker der Vergangenheit erforscht, der im Verborgenen Dinge bewegte, die heute vergessen, für die Nachwelt aber beispielhaft sind. Gut ist es, daß Handlungen wieder aufgedeckt wurden, um die Schwierigkeiten des badischen Staates in seiner Endphase deutlich werden zu lassen. Auch wird ersichtlich, daß die Arbeit eines damaligen, verglichen mit der eines heutigen Landtagsabgeordneten im Umfang geringer, aber in der Sache ähnlich war.

Exner-Seemann hat die Tätigkeit des Landtagsabgeordneten Ziegelmeyer in der Kaiserzeit gut nachgezeichnet, klar dargestellt und abwägend bewertet. Ich begrüße, daß ein Vorgänger von mir als Abgeordneter des Badischen Landtages vor dem Vergessen bewahrt und daß mit diesem Band ein hervorragendes Werk der Landesgeschichte geschaffen wurde.

Leserbriefe

Betr.: EV 4/94 Artikel von Herrn Jochen Borchert

„Den im Artikel geäußerten Gedanken kann ich voll zustimmen. Freilich würde ich mir ab Mitte Seite 3 noch einige Konkretionen wünschen, wie der ländliche Raum strukturell gestärkt werden könnte. Im Augenblick ist doch eher das Gegenteil zu beobachten. Viele Dörfer haben keinen Laden mehr, keine Poststelle, kaum öffentliche Verkehrsmittel.

Alle Bestrebungen von „grünen“ oder „roten“ oder an-

deren Politikern gegen das Privatauto (Benzinpreis bis 5,— DM als Schlagwort) treffen gerade die Menschen auf dem Lande. Hier wäre zu wünschen, daß im Wahljahr die Union ganz deutlich für die Landbevölkerung eintritt, bis hin zur Aussage, den jetzigen Benzinpreis nicht weiter erhöhen zu wollen. Für die oft alten Menschen auf den Dörfern ist aber ein Pkw lebenswichtig.“

Pfarrer i.R.

Paul-Gerhard Gleiniger
Dorfstr. 21
14823 Raben
Telefon: 033848/223

**Betr.: EV 4/94,
Europathema
Europa nur ein Thema?**

Wir sind eine Welt geworden, die schnell Schlagwörter gebraucht, ohne diese mit letzter Konsequenz zu hinterfragen!

Die Kirche spricht von Ökumene und man kommt ab und zu einmal zusammen, um als Protestanten und Katholiken wieder auseinanderzugehen. Die Schule ist gemischt worden und die Pädagogen freuen sich, wenn ein paar Mädchen in einer Jungenschule auftauchen, ohne sich konsequent zu fragen, was dies pädagogisch-koedukativ bedeutet?

In Straßburg haben wir ein europäisches Parlament, das dem Frieden dienen soll und dabei, offensichtlich ungerührt von Bosnien, vielseitig-temperamentvoll diskutiert, so, als gehörte der Balkan nicht zu Europa? Eben, weil diese Politiker nicht zu wissen scheinen, wo Europa anfängt und endet?

Die Griechen, von denen wir diesen Namen übernommen haben, sahen selbst das nörd-

liche Asien, ja, auch noch Sibirien als europäisch an; so wie den Vorderen Orient, den heutigen Libanon, von wo aus Tyrus, der Götter-Vater Zeus die schöne Europa, die Tochter des phönikischen Königs Agenor, nach Kreta entführte.

Das ist der Ursprung des Namens unseres Kontinents Europa, eines Begriffs, der so vielfältig in seinen Sprachen, Lebensformen und Rechtssystemen ist! Ein Kontinent, der einmal als christliches Abendland, als Karl der Große das Lateinische zur europäischen Amtssprache machte, eine gewisse Einheit besaß. Doch heute? Gehört die Türkei mit der türkisch-zyprischen Republik wirklich zu Europa, etwa als Brücke zur islamischen Welt?

Europa vielgenannt, ein umstrittener Begriff, eine Worthülse, - die endlich gefüllt, der klaren, politischen Definition bedarf!

Ulrich Böhme - Iselin
Bachtelenweg 9
CH-4125 Riehen

**Immer weniger junge Leute
sind zur Mitarbeit
in Parteien bereit**

Nagold - Politik- und Parteiverdrossenheit machen sich in unserer Gesellschaft bemerkbar. Auch im Raum Nagold zeigen vor allem junge Leute auffallend wenig Lust, sich politisch zu betätigen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Nagold versuchte Gründe für diese Entwicklung zu finden. Vor-

sitzender **Ulrich Eißler** hatte Schülerinnen und Schüler zu einer Gesprächsrunde eingeladen.

Eine Handvoll Jugendlicher war gekommen und erklärte den älteren Teilnehmern, warum sich ihrer Meinung nach so wenig junge Menschen in Parteien engagieren. Michael Anklam, Abiturient am Otto-Hahn-Gymnasium führte den großen Leistungsdruck in der Schule und im Beruf an. Häufig bliebe Schülern, Studenten und Auszubildenden keine Zeit für politische Arbeit, obwohl Interesse bestünde. Einige ältere Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises gaben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Schließlich sei der Druck in ihrer Jugendzeit nicht geringer gewesen. Eine Ablehnung politischer Arbeit habe dies trotzdem nicht zur Folge gehabt.

Heimo Brock, Schüler am Nagolder Berufsschulzentrum, sieht durch Skandale einzelner Minister oder Abgeordneter das Vertrauen zu Politikern insgesamt erschüttert.

Carmen Hamm, Schülerin am Nagolder Berufsschulzentrum, stört es, daß man in eine Partei eintreten muß, um bei wichtigen politischen Entscheidungen und Änderungen mitreden zu können. Überparteiliches Engagement, um individuelle Vorstellungen umzusetzen, sei kaum möglich. Die Referentin des OHG-Politikausschusses, Diana Marquardt, berichtet von ihren Erfahrungen als Mitglied einer Partei. Zwar werde sie im Ortsverein akzeptiert und respektiert, könne jedoch, wie alle Jugendlichen in der Politik, nur wenig bewegen. Ein schneller Aufstieg sei fast unmöglich. In der Leistungsgesellschaft wolle aber jeder so schnell als möglich Karriere machen.

Rainer Sindlinger vom Evangelischen Arbeitskreis bezeichnete die Kritik, die in der Diskussion an Politikern und Parteien geäußert worden war, als nicht gerechtfertigt. Keine andere Berufsgruppe müsse sich alle vier Jahre zur Wahl stellen.

Es bleibe häufig außer acht, daß der Beruf der Politiker mit sehr viel Risiko und Aufwand verbunden sei, betonte Sindlinger.

„Europa muß eine Seele haben“

Rems-Murr. „Visionäre kann man nicht backen, aber wir können Beten um visionäre Frauen und Männer in unserer Zeit“. Kirchenrat a.D. **Albert Roth** forderte bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rems-Murr zu diesem Beten auf. „Das künftige Europa wird so christlich sein, wie wir Christen in Europa sein Gesicht gestalten.“

Europa ist im Umbruch und muß evangelisiert werden. Hier stehen die Kirchen Europas vor großen Herausforderungen. Wie christlich das künftige Europa sein wird und welchen Beitrag Christen leisten können, welche Möglichkeit sie haben, stand im Mittelpunkt eines Gespräches des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rems-Murr: „Wie christlich wird das künftige Europa sein?“ „Die Kirchen müssen europäisch denken lernen. Sie sind zum Friedensbeitrag für das ge-

staltende Europa aufgefordert“, sagte Kirchenrat a.D. Pfarrer **Albert Roth**. Er beschäftigt sich als Beauftragter der Evangelischen Landeskirche Baden für Europafragen täglich mit dem alten und dem neuen Europa.

Recht und Gerechtigkeit in der Demokratie

Annaberg. Es ging um heiße Eisen, als Justizminister Heitmann auf Einladung des EAK

Unter der Überschrift „Recht und Gerechtigkeit in der Demokratie“ zog der Minister die Linie vom DDR-Staat zum demokratischen Rechtsstaat und erklärte seinen Zuhörern, woraus scheinbare oder wirkliche Ungerechtigkeit bei uns resultiert. An heißen Themen, wie Eigentumsproblematik, Bürokratisierungsschock ging er ebenso wenig vorbei, wie an der Frage der unangemessenen Milde der Justiz, wenn es um die Strafverfolgung jugendlicher Gewalttäter geht.

Interessenten an der Arbeit des EAK konnten sich in eine Liste eintragen, und es ist zu hoffen, daß sich in naher Zukunft ein regionaler Arbeitskreis Westertage bilden wird.



EAK-Bundesvorsitzender Bundesminister Jochen Borchert begrüßte auf der diesjährigen Klausurtagung des EAK in der Heimvolkshochschule in Alterode (Sachsen-Anhalt) Ministerpräsident Dr. Christoph Bergner, der zunächst über die aktuelle Situation im Land Sachsen-Anhalt ausführte. Es schloß sich ein intensives Gespräch mit den Mitgliedern des EAK-Bundesvorstandes und EAK-Landesvorsitzenden an.

Sachsen im Rathaussaal der Bergstadt Annaberg-Buchholz zu reichlich 70 interessierten Bürgern gesprochen hat.

EUROPA - WEG IN DIE ZUKUNFT

Ingolstadt. „Europa war und bleibt für die CSU nach den Katastrophen dieses Jahrhunderts eine grundlegende Voraussetzung für die gesicherte Zukunft der europäischen Völker“, sagte Dr. **Ingo Friedrich** als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU bei der Landestagung in Ingolstadt. Zuvor sprach Oberbürgermeister **Peter Schnell** in einem Grußwort von der großartigen Perspektive, die Europa trotz großer Probleme biete. Das müsse den Bürgern aber ständig verdeutlicht werden.

Der Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Dr. **Dieter Haack**, übte Kritik an der zögerlichen Mitwirkung der Kirchen am entstehenden Europa. Der ehemalige Bundesminister begrüßte auch Bestrebungen, in einer künftigen europäischen Verfassung den Bezug auf Gott vorzusehen. Beim Grundgesetz habe man angesichts des Trümmerfeldes diesen Bezug vorgenommen, und auch Nichtchristen hätten das akzeptiert.

Er könne angesichts des Zusammenbruchs des Sozialismus diese Bestrebungen nur unterstützen. Im übrigen werden in Europa neben den Regionen auch die Nationen eine große Rolle spielen, weshalb sich Deutschland auf seine Aufgaben als Nation besinnen müsse. Dies sei eine Ausdrucksform menschlicher Gemeinschaft, habe dienenden und verpflichtenden Charakter.

Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Pfarrer Dr. Karl Heinz Neukamm, verwies angesichts einer eher verworrenen Situation auf die Sozialpolitik in Europa in der Denkschrift „Verantwortung für ein soziales Europa“ (EKiD, 1991) ebenfalls ein Zeichen, daß der europäische Einigungsprozeß für die evangelische Kirche ein wichtiges Thema sei.

Es sei eben auch ein kirchlicher Auftrag, alle nur möglichen Schritte zu tun, um ein soziales Europa zu gestalten.

Neukamm sah in seinem Bericht vorerst keinen sozialpolitischen Umsturz in Europa, mittelfristig aber werde es zu Veränderungen kommen.

Als sozialetische Grundposition für ein soziales Europa nannte er Solidarität, Partizipation, Gleichheit, Subsidiarität und Gerechtigkeit. Damit stimme er mit der CSU weitestgehend überein. „Europa war und ist nicht denkbar ohne die gestaltenden Kräfte des christlichen Glaubens.“

Christen haben heute nicht nur an dieses Erbe zu erinnern, sie haben sich in den Herausforderungen der Gegenwart und im europäischen Einigungsprozeß als Erben zu bewähren“, meinte Neukamm abschließend.

Staatssekretärin **Michaela Geiger** forderte am Ende der Tagung alle Protestanten Bayerns auf, sich am Prozeß Europa zu beteiligen. „Nehmen Sie Ihr Wahlrecht ernst, stärken Sie Bayern in Deutschland und Europa durch Ihre Stimme für die CSU.“ ■

Wolfgang Vogelsang

Gesprächsabend mit Generalsekretär Hintze

Leverkusen. Die Bundestagswahl in einem guten halben Jahr beschäftigte die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises des CDU-Bezirks Mittelrhein und ihre Gäste bei der Vortragsveranstaltung im Leverkusener Forum. Generalsekretär **Hintze** referierte unter dem Titel „Entscheidung 1994 - Die Zukunft gemeinsam sichern“. Die zwei für die Christdemokraten enttäuschend verlaufenen Urnengänge in Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben die Zuversicht noch keineswegs wegwischen können. Von den Ergebnissen der Meinungsumfragen und dem Stimmungsbild in den Medien läßt sich die Bonner Parteispitze nicht beirren.

Hintze erinnerte daran, daß in der Geschichte der Bundesrepublik noch keine Regierungsmannschaft, die sich erneut gestellt habe, abgewählt worden sei. Außerdem hofft der Parteifunktionär auf das „Ausgleichsgefühl“ der Bürger. „Wer in Land und Kommune den einen seine Stimme gibt, kann dennoch bei der Bundestagswahl bei uns das Kreuzchen machen“, sagte er. Bei Bundestagswahlen seien die meisten Bürger weniger experimentierfreudig, weil sie die als wichtiger empfänden.

Die Feinheiten der Wahlkampfstrategie mochte der Generalsekretär noch nicht verraten. Er machte deutlich, daß den Wählern eine klare Entscheidung abverlangt wird. „Fragen der Wirt-

schaftsentwicklung und Arbeitsplätze werden wir von allen Seiten traktieren“, erklärte er.

Neue Beschäftigungsmöglichkeiten erhofft sich Hintze im Dienstleistungssektor, im Handwerk und in der mittelständischen Industrie. Von der Großindustrie erwartet er keinen Arbeitsplatzzuwachs. Als bedrückend empfindet er die „Technikfeindlichkeit“ im Lande. Um als exportabhängiges Land weiter eine Spitzenstellung zu behaupten, müsse sich Deutschland zukunftsweisende Bereiche wie Gentechnik oder Biochemie zurückerobern. Hintze: „Uns Deutschen ist noch immer etwas eingefallen. Wir sind ein kluges und fleißiges Volk.“ Mit ihrer Steuerpolitik wollen die Christdemokraten Unternehmergeist belohnen. ■

Gemeinwohl und Eigennutz

Viersen. Auf Einladung des EAK beschäftigte man sich mit dem verantwortlichen wirtschaftlichen Handeln für die Zukunft.

Der Superintendent des Kirchenkreises Krefeld **Manfred Kahlen** referierte über die Denkschrift der Evang. Kirche „Gemeinwohl und Eigennutz“. Er betonte, daß natürlich auch ein Christenmensch Leistung fordert und verlangt, daß er aber aus der Solidargemeinschaft nicht entlassen sei. Im wirtschaftlichen Handeln müsse das persönliche Menschenbild zum Ausdruck kommen.

Reflektiert wurde über die soziale Marktwirtschaft und was in diesem Zusammenhang Gerechtigkeit sei. Man plädierte dafür, die Grundwerte neu zu definieren. Als Unternehmer seien sie (die Anwesenden) trotzdem dafür, den Sonntag hochzuhalten. Dies forderte im übrigen auch Hans-Henning von Bassewitz (EAK), der auch die Belastungen der Unternehmer durch übertriebene Normen z.B. bei der Ausweisung von Baugrundstücken beklagte. Zum Schluß betonte der Superintendent, daß die Verantwortung eines jeden Einzelnen gefordert sei. **Marlene Bork** (Vorsitzende des EAK) freute sich, daß der Prozeß des Nachdenkens mit den Vertretern der Kirche und der Wirtschaft geführt werden konnte. „Das ist sehr positiv!“

Aufgaben der Kirche in Westfalen

Coesfeld. Anläßlich der Generalversammlung des EAK-Kreisverbandes Coesfeld referierte der Vorsitzende des EAK-Bezirk „Ruhrgebiet“, Pfarrer **Dr. W.P. Schneemelcher**, Witten, über „unsere Evangelische Landeskirche in Westfalen - wie stellt sie sich zur Zeit dar - wie wird es weitergehen“. **Karl Wegener** MdL äußerte sich zu aktuellen politischen Themen wie zur Kindergartenfrage in Nordrhein-Westfalen.

Durch Wahl wurden in ihren Ämtern bestätigt: **Wolfgang Stumpf**, Coesfeld, als Vorsitzender; **Walter Hormann**, Lüdinghausen, als Stellvertreter; **Gerold Wilken**, Lette, als Schriftführer, **Lieselotte Wegner**, Coesfeld, wurde als Beisitzerin gewählt. ■

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard - Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 5 44-3 05/6 Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. - Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. Papier: 100% chlorfrei Graphische Beratung: Ilka Holle, Telefon 02 28/85 67 61

EAK der CDU/CSU - Friedrich-Ebert-Allee 73-75 - 53113 Bonn
Postvertriebsstück - F 5931 EX - Gebühr bezahlt

Thesen zum Kirchenasyl

Albrecht Martin

1. Bundesinnenminister Kanther hat ohne Einschränkung Recht, wenn er feststellt, daß es keinen rechtsfreien Raum im Rechtsstaat geben darf, daß die Kirchen wie jede andere Organisation an das Recht gebunden sind und daß notfalls der Staat die Durchsetzung des Rechtes auch innerhalb kirchlicher Räume und gegen Vertreter der Kirche erzwingen kann. Staatlichen Organen darf kein moralischer Vorwurf gemacht werden, wenn sie dementsprechend handeln.
2. Kirche muß, auch aus eigenem Interesse und um ihres Auftrages willen, an der Aufrechterhaltung dieser Rechtsordnung lebhaft interessiert sein.
3. Kirche hat Recht, wenn sie in seltenen Ausnahmefällen Gemeindeglieder, die aus tiefer Gewissensnot meinen, das bestehende Recht verletzen zu sollen, innerhalb der kirchlichen Gemeinschaft schützt und sie nicht moralisch verurteilt. Das Recht des Staates, auf Rechtsverletzungen mit Strafe zu antworten, bleibt davon unberührt.
4. Unerträglich wäre es, wollten die Kirche oder bestimmte Gruppen in der Kirche für sich ein höheres Recht als das vom Staat gesetzte beanspruchen oder ihre Rechtsauffassung als die moralisch höherstehende behaupten.
5. Der Begriff „Kirchenasyl“ sollte vermieden werden, weil es Rechtsverhältnisse voraussetzt, deren Rückkehr kein Mensch - und die Kirche zuletzt - wünschen kann.
6. Es bleibt ein unauflösbarer Rest, der denkbare Streit zwischen Ordnung des Rechtes und Gewissen des Einzelnen. Aber das ist eine uralte menschliche Erfahrung; unsere Vorfahren nannten sie Tragik. ■

Anm.: Albrecht Martin, Staatsminister a.D.
und früherer EAK-Bundesvorsitzender.

Bitte beachten:

Der Termin findet im August,
nicht im September
(wie im Rundbrief irrtümlich
angegeben) statt!!!

**EAK-Kreisvorsitzenden-
Konferenz
für**

Hamburg, Bremen,
Mecklenburg-Vorpommern,
Berlin-Brandenburg,
Niedersachsen, NRW, Hessen,
Sachsen-Anhalt

**Schwerpunkt:
EAK Arbeit vor Ort**

**Diskussion zum Thema:
Die Zukunft der Kirchen**

von Freitag, 19. August 1994
(ab 15.00 Uhr)
bis Samstag, 20. August
(9.00 Uhr)
Katholische Akademie Schwerte

Anschließend findet am
20. August 1994,
um 10.00 Uhr,
die EAK-Landestagung
in Bochum statt.

Wir laden alle Interessierten
herzlich ein.

Unsere Autoren:

Bundesminister Jochen Borchert
EAK-Bundesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Dr. Norbert Arnold
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 St. Augustin

Dr. Stefan Winter
Bundesministerium für Gesundheit
Deutschherrenstraße 87
53177 Bonn

Dr. Reinhard Göhner
Bundesministerium für Wirtschaft
Villemombler Straße 76
53123 Bonn